

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 14

vom 10. April 2015
Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Verkehrsbilanz 2014: Mehr Verkehrstote, weniger Unfälle mit Kindern..... 2

Schule, Jugend und Berufsbildung

94,7% der Fünftklässler an Stadtteilschulen und Gymnasien bekommen Wunschschule 7

Stadtentwicklung

Erfolgs-BID wird weitergeführt 9

Umwelt

Das Weltnaturerbe feiert Geburtstag 10

Verkehr

Harburg fährt StadtRad 12

HPA vereinfacht Meldeverfahren für Binnenschiffe..... 13

Kultur

Förderung von Hamburger Musiklabels 2015 14

Datenschutz

Widerspruchsbescheid erlassen - Mehr Kontrollrechte für Google-Nutzer gefordert..... 16

7. April 2015 / bis07

Verkehrsbilanz 2014: Mehr Verkehrstote, weniger Unfälle mit Kindern

Während die Zahl der Verkehrsunfälle im Jahr 2014 nur geringfügig um 1,1 Prozent auf 65.703 gestiegen ist, konnte sich Hamburg mit 9.910 verunglückten Personen im Straßenverkehr (+4,6 Prozent) dem Bundestrend nicht entziehen. Besonders tragisch ist dabei die Zahl von 38 (Vorjahr: 26) Verkehrstoten.

Positive Tendenzen verzeichnete die Polizei bei den Unfällen mit Kindern (-10 Prozent). Auch bei der Risikogruppe der Jungen Erwachsenen (-2,8 Prozent) und den Fußgängern (-3,2 Prozent) gingen die Unfallzahlen zurück.

„Erfreulich ist, dass auch im Jahr 2014 erneut kein Kind unter den tödlich Verunglückten war“, sagte **Hamburgs Innensenator Michael Neumann**. „Dennoch muss uns der Anstieg insbesondere der Verkehrsunfalltoten mit Sorge erfüllen. Wir werden in unseren Anstrengungen deswegen nicht nachlassen und gezielt die Verkehrssicherheitsarbeit und -überwachung intensivieren.“

Die Eckdaten der polizeilichen Unfallstatistik für 2014:

Mit 1,1 Prozent gab es eine leichte Zunahme bei der Zahl aller von der Polizei **registrierten** Verkehrsunfälle (65.703 gegenüber 64.995 im Jahr 2013).

Die Zahl der **Verunglückten** stieg in Hamburg gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent, was im Wesentlichen auf die Zunahme bei der Zahl von Leichtverletzten zurückzuführen ist (9.060 gegenüber 8.642 im Vorjahr, eine Zunahme um 4,8 Prozent). Hingegen stieg die Zahl der Schwerverletzten nur leicht um 0,7 Prozent (812 gegenüber 806 im Jahr 2013).

Unter den **38 Verkehrstoten** des vergangenen Jahres waren 21 Zweiradfahrer, darunter elf Radfahrer und zehn Motorradfahrer. Diese Entwicklung ist auch auf die besonders gute Witterung im vergangenen Jahr und den um 13,9 Prozent gestiegenen Radverkehrsanteil in Hamburg zurückzuführen. **Innensenator Michael Neumann:** „Gute Witterungsbedingungen alleine verursachen aber keine Verkehrsunfälle. Es sind die Verkehrsteilnehmer selber, die durch ihr Verhalten und die Missachtung von Verkehrsregeln Unfälle verschulden.“

Die Zahl der Verkehrsunfälle mit aktiv am Straßenverkehr teilnehmenden Kindern (bis 14 Jahre) ist von 599 auf 539 zurückgegangen (-10,0%). Dies führt die Polizei trotz steigender Kinderzahlen in Hamburg auf die durchgängig begleitende Verkehrserziehung beginnend mit dem Polizeikaspar bis hin zur Fahrradprüfung in den Schulen seit 2004 zurück. Dagegen stieg die Anzahl der verunglückten Kinder insgesamt von 697 auf 709. Hintergrund für diese Steigerung ist, dass Kinder häufiger als Mitfahrer in Kraftfahrzeugen verunglückten. Hier sind die Erwachsenen in der Pflicht, umsichtig und defensiv zu fahren und für kindgerechte Rückhaltesysteme zu sorgen.

Auch bei den jungen Erwachsenen (18- bis 24-jährige) sinkt die Zahl der registrierten Unfälle weiter. 10.932 Unfälle wurden im Jahr 2014 registriert (Vorjahr 11.249). Die erweiterte Fahrschul Ausbildung, der Führerschein auf Probe, das Programm „Begleitetes Fahren mit 17“ und die polizeiliche Arbeit zeigen hier offensichtlich Wirkung. Die Zahl der verunglückten Jungen Erwachsenen ist dabei mit einem Anstieg um zwei Fälle auf 1.302 nahezu unverändert. Die Risikobereitschaft der Jungen Erwachsenen ist leicht gesunken, zeichnet sich aber weiterhin durch den mit 58,8% überdurchschnittlichen Hauptunfallverursacheranteil aus.

Bei der **Altersgruppe der Senioren** (ab 65 Jahren) registrierte die Polizei eine erhöhte Anzahl von Unfällen (11.439 gegenüber 11.078). Dies ist der erhöhten Mobilität der Senioren geschuldet. Erfreulich ist aber hierbei ein Rückgang der Zahl der Verunglückten von 996 auf 970. Dabei sind die Folgen oft schwerwiegend, unter den 38 Verkehrstoten befanden sich elf Senioren. Mit 61,3 Prozent stellen die Senioren unverändert die Altersgruppe mit dem höchsten Hauptunfallverursacheranteil.

Einen deutlichen Anstieg gab es bei der Anzahl der Verkehrsunfälle mit **Radfahrerbeteiligung**. Die Zahl der registrierten Unfälle erhöhte sich von 3.014 auf 3.274 (+8,6 Prozent), die Anzahl der dabei verunglückten Radfahrer stieg von 2.212 auf 2.420 Personen (+9,4 Prozent).

Bei den **Unfällen mit Fußgängern** ist der Trend wie im Jahr zuvor rückläufig. Die Zahl der Unfälle sank um 45 (-3,2 Prozent) von 1.406 auf 1.361. Die Zahl der Verunglückten erhöhte sich hingegen leicht um sieben Personen (0,7 Prozent) von 1.059 auf 1.066. Im Jahr 2014 sind dabei fünf Fußgänger weniger getötet worden als im Vorjahr (Rückgang von 13 auf 8).

Positiv ist die Entwicklung bei den **Alkoholunfällen**. Die Zahlen sind um 4,4 Prozent rückläufig von 790 Unfällen im Jahr 2013 auf 755 im Jahr 2014. Auch die dabei immer noch überdurchschnittliche Anzahl verunglückter Personen ist von 326 auf 319 gesunken (-2,2 Prozent). Bei den **Drogenunfällen** stieg die Zahl von 120 auf 135 Unfälle. Bei den 135 registrierten Verkehrsunfällen verunglückten 82 Personen (Vorjahr: 63).

Hauptunfallursachen waren zu 27,4 Prozent Fehler beim Einfahren, Abbiegen, Wenden oder Rückwärtsfahren. Nur knapp dahinter rangieren zu hohe Geschwindigkeit und mangelnder Sicherheitsabstand mit 27,1 Prozent. Gerade die beiden zuletzt genannten Ursachen sowie Abbiegefehler sind für die größte Anzahl von verunglückten Personen verantwortlich.

Innensenator Michael Neumann kündigte an, die Verkehrssicherheitsarbeit zu intensivieren: „Wir werden alles dafür tun, die Zahl von Verkehrsunfällen und Verunglückten zu reduzieren. Das geht nur mit einem Mix aus Präventionsarbeit und Ahndung von Verkehrsverstößen. Ein Schwerpunkt wird im Jahr 2015 auf den Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer gelegt, insbesondere auf die Präventionsarbeit bei Fahrradfahrern und Motorradfahrern. Raser und Rotlichtfahrer werden wir weiterhin konsequent verfolgen.“ Besonders wertvolle Arbeit leistete neben der Polizei auch das „Forum Verkehrssicherheit“, in dem sich mehr als 25 Organisationen intensiv für die Sicherheit auf Hamburgs Straßen einsetzen.

Anlage:

<u>Freie und Hansestadt Hamburg</u>	2014	2013	+ / -	Differenz in %
<u>Verkehrsunfälle gesamt</u>	65.703	64.995	708	1,1
<u>Verunglückte im Straßenverkehr</u>	9.910	9.474	436	4,6
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	9.060	8.642	418	4,8
<u>Schwerverletzte</u>	812	806	6	0,7
<u>Getötete</u>	38	26	12	
<u>Verkehrsunfälle mit Kindern</u>	539	599	-60	-10,0
<u>Verunglückte Kinder</u>	709	697	12	1,7
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	639	638	1	0,2
<u>Schwerverletzte</u>	70	59	11	18,6
<u>Getötete</u>	0	0	0	
<u>Verkehrsunfälle mit Jungen Erwachsenen</u>	10.932	11.249	- 317	-2,8
<u>Verunglückte Junge Erwachsene</u>	1.302	1.300	2	0,2
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	1.209	1.195	14	1,2
<u>Schwerverletzte</u>	89	103	-14	-13,6
<u>Getötete</u>	4	2	2	
<u>Verkehrsunfälle mit Senioren</u>	11.439	11.078	361	3,3
<u>Verunglückte Senioren</u>	970	996	-26	-2,6

<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	816	857	-41	-4,8
<u>Schwerverletzte</u>	143	129	14	10,9
<u>Getötete</u>	11	10	1	
<u>Verkehrsunfälle mit Fußgängern</u>	1.361	1.406	-45	-3,2
<u>Verunglückte Fußgänger</u>	1.066	1.059	7	0,7
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	848	828	20	2,4
<u>Schwerverletzte</u>	210	218	-8	-3,7
<u>Getötete</u>	8	13	-5	
<u>Verkehrsunfälle mit Radfahrern</u>	3.274	3.014	260	8,6
<u>Verunglückte Radfahrer</u>	2.420	2.212	208	9,4
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	2.185	1.991	194	9,7
<u>Schwerverletzte</u>	224	219	5	2,3
<u>Getötete</u>	11	2	9	
<u>Verkehrsunfälle mit motorisierten Zweirädern (alle)</u>	1.514	1.401	113	8,1
<u>Verunglückte motorisierte Zweiradfahrer</u>	843	765	78	10,2
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	701	624	77	12,3
<u>Schwerverletzte</u>	132	133	-1	-0,8
<u>Getötete</u>	10	8	2	

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Pressestelle der Polizei Hamburg

Mirko Streiber, Tel. 040 – 42865-8888

E-Mail: polizeipressestelle@polizei.hamburg.de Internet: www.polizei.hamburg.de

9. April 2015/bsb09

94,7% der Fünftklässler an Stadtteilschulen und Gymnasien bekommen Wunschschule

Schulbehörde schließt Organisation der neuen fünften Klassen ab – erneut steigende Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen

Zum Schuljahr 2015/16 steigt die Zahl der Fünftklässler an den staatlichen Stadtteilschulen, Gymnasien und 6-jährigen Grundschulen in den künftigen 5. Klassen um 265 auf 13.373. Trotz dieser erneuten Schülerzuwächse und trotz der freien Schulwahl in Hamburg können fast alle künftigen Fünftklässler die von ihnen gewählten Wunschschulen besuchen. Schulleitungen und Schulbehörde ist es gelungen, an den Stadtteilschulen 92,9% und an den Gymnasien 96,2% der zukünftigen Fünftklässler an ihren Wunschschulen einzuschulen (Vorjahr 92,6 bzw. 96,8%). An allen drei Schulformen bekommen somit im Schnitt 94,7% der Fünftklässler ihre Wunschschule. An den 58 Stadtteilschulen werden im Sommer 5.990 Schülerinnen und Schüler in 273 Klassen (2014/15: 5.822), an den 60 Gymnasien werden 7.232 Schülerinnen und Schüler in 260 Klassen eingeschult. Schulsenator Rabe gibt das Startzeichen für den Versand von rund 13.400 Briefen, die ab der kommenden Woche an die Eltern der zukünftigen Fünftklässler geschickt werden.

An den 58 Stadtteilschulen werden 273 Klassen geplant. (Schuljahr 2014/15: 266 Klassen). Die Klassenfrequenz beträgt im Durchschnitt 21,9 Schülerinnen und Schüler pro Klasse (Schuljahr 2014/15: 21,1) und liegt damit deutlich unter der Sollobergrenze von 23 Schülerinnen und Schülern. Fünf Stadtteilschulen planen neun Klassen, in denen aufgrund der regionalen Versorgung oder zur Vermeidung eines unzumutbar langen Schulweges jeweils mehr als 23 Kinder unterrichtet werden. 12 Stadtteilschulen richten dagegen 40 Klassen ein, die noch kleiner sind als die Mindestgröße von 21 Schülern pro Klasse.

Deutlich größer sind die neuen 260 (Vorjahr: 262) fünften Klassen der 60 Gymnasien. Durchschnittlich befinden sich 27,8 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse (Schuljahr 2014/15: 27,2). 13 Gymnasien planen insgesamt 34 Klassen, in denen zur Vermeidung unzumutbarer Schulwege mehr als 28 Kinder unterrichtet werden. Umgekehrt richten drei Gymnasien sieben Klassen unter der Mindestgröße von 26 Schülern je Klasse ein.

151 Schülerinnen und Schüler besuchen insgesamt acht fünfte Klassen an den vier 6-jährigen Grundschulen. Hier liegt die Klassengröße sogar bei nur 18,9 Schülerinnen und Schülern.

Stadtteilschulen

Die meisten Fünftklässler besuchen im kommenden Schuljahr die Stadtteilschulen: Stadtteilschule Bergedorf (207), Julius-Leber-Schule in Schnelsen (184), Gyula Trebitsch Schule Tonndorf (183), Ida-Ehre-Schule Eimsbüttel (161), Goethe-Schule Harburg (161), Stadtteilschule Fischbek-Falkenberg (161) und die Heinrich-Hertz-Schule in Winterhude (161).

Da die jeweiligen Aufnahmekapazitäten erreicht sind, mussten folgende Schulen besonders viele Schülerinnen und Schüler abweisen: Nelson-Mandela-Schule in Kirchdorf (-99), Goethe-Schule Harburg (-86), Max-Brauer-Schule in Ottensen/Bahrenfeld (-47), Stadtteilschule Blankenese (-35) und die Erich-Kästner-Schule in Farmsen (-33). Umgekehrt erreichen zwei Stadtteilschulen nicht die im Schulgesetz vorgesehene Mindestzügigkeit, allerdings aufgrund regionaler Besonderheiten.

Gymnasien

Die meisten Fünftklässler besuchen im kommenden Schuljahr die Gymnasien: Gymnasium Grootmor in Bramfeld (178), Gymnasium Altona (174), Gymnasium Hochrad in Othmarschen (169), Gymnasium Lerchenfeld in Uhlenhorst (168), Gymnasium Marienthal (168) und Gymnasium Buckhorn in Volksdorf (168).

Da die jeweiligen Aufnahmekapazitäten erreicht sind, mussten das Gymnasium Othmarschen (-61), Gymnasium Eppendorf (-37), Helene-Lange-Gymnasium in Eimsbüttel (-33) und Gymnasium Buckhorn in Volksdorf (-23) besonders viele Schülerinnen und Schüler abweisen.

Für das Schuljahr 2015/16 werden an Hamburgs Stadtteilschulen und Gymnasien insgesamt 11 zusätzliche mobile Klassenzimmer aufgestellt, um den Raumbedarf der Schulen sicherzustellen.

Rückfragen:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

7. April 2015/bsu07

Erfolgs-BID wird weitergeführt

Senat beschließt die Einrichtung des BID Hohe Bleichen / Heuberg II

Heute wurde der Business Improvement District (BID) Hohe Bleichen / Heuberg II offiziell durch Rechtsverordnung des Senats eingerichtet. Das BID Hohe Bleichen / Heuberg II ist das Nachfolge-BID für die Straße Hohe Bleichen und den Heuberg.

Das erste BID Hohe Bleichen / Heuberg wurde im August 2009 für fünf Jahre eingerichtet. Mit einem Budget von rund 2 Mio. Euro wurde der gesamte öffentliche Raum des BID neu gestaltet und der zuvor als Parkplatz genutzte Heuberg in einen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität umgewandelt.

Senatorin Jutta Blankau: „BIDs sind weiterhin ein Erfolgskonzept für Hamburg, das auch bundesweiten Vorbildcharakter hat. Die Investitionen der letzten Jahre im BID Heuberg und Hohe Bleichen haben viel für das Quartier bewirkt. Dass diese positive Entwicklung jetzt durch die Grundeigentümer verstetigt wird, freut mich daher um so mehr.“

Die Akteure des Einzelhandels- und Dienstleistungszentrums Hohe Bleichen / Heuberg möchten das Instrument des BID nutzen, um die in dem ersten BID geschaffenen Standards zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts weiter zu stärken. Es soll sich auch zukünftig fließend und ohne optische Brüche ins Innenstadtbild integrieren und sich weiterhin gegenüber anderen Innovationsbereichen etablieren. Dafür sind u.a. zusätzliche Reinigung und Pflege des öffentlichen Raums, Durchführung von Veranstaltungen und der Einsatz eines Quartiersmanagements vorgesehen. Zudem soll eine dem hohen Standard des Standorts angemessene Weihnachtsbeleuchtung angeschafft und betrieben werden.

Aufgabenträgerin ist die Zum Felde BID Projektgesellschaft. Sie hat bereits das erste BID für diesen Standort betreut und ist Aufgabenträgerin des benachbarten BID Passagenviertel. Für die Umsetzung der Maßnahmen stehen in der Laufzeit von fünf Jahren etwas mehr als 900.000 € zur Verfügung, die aus privaten Mitteln der Grundeigentümer finanziert werden.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Dr. Magnus-Sebastian Kutz,
Tel. 040 42840-2051, magnus-sebastian.kutz@bsu.hamburg.de

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Claudius von Rüden, Tel.: 040 42854-2331,
Claudius.vonrueden@hamburg-mitte.hamburg.de

Zum Felde BID Projektgesellschaft, Volker Niemann, Tel.: 040 / 539 381 - 0,
Niemann@zum-felde.de

8. April 2015/bsu08

Das Weltnaturerbe feiert Geburtstag

25 Jahre Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer

Morgen vor 25 Jahren, am 9. April 1990, beschloss die Hamburgische Bürgerschaft die Einrichtung des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer. Der mit Abstand größte und international bedeutendste Naturschatz der Stadt liegt rund 105 km Luftlinie vom Rathaus entfernt in der Außenmündung der Elbe. Seine herausragende Qualität zeigt das europäische Schutzgebiet seit 2011 durch seine Anerkennung als Teil des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer, der höchsten internationalen Auszeichnung, die die Stadt Hamburg je erhalten hat.

Senatorin Jutta Blankau: „Unser Nationalpark ist einmalig, um Natur zu erleben. Es ist etwas besonderes, wenn man am Neuwerker Deich beobachtet, wie zwei Mal am Tag das Meer hinter dem Horizont verschwindet und anschließend wieder an das Ufer der Insel brandet während im Hintergrund die Schiffe in den Hamburger Hafen fahren. Wir schützen jetzt seit 25 Jahren diese einmalige Naturlandschaft. Das ist gut so und bleibt eine Daueraufgabe der Hamburgerinnen und Hamburger.“

Die Gründung des Nationalparks war entscheidend, um die von der UNESCO geforderte dauerhafte Unversehrtheit des Gebiets zu erreichen. Der Nationalpark, zu dem auch die Düneninseln Scharhörn und Nigehörn und die bewohnte Insel Neuwerk gehören, war von Anfang an das am konsequentesten geschützte Gebiet im gesamten Wattenmeer mit weitreichenden Verboten zur Fischerei, zur Jagd und auch mit Einschränkungen zum Betreten. Er bietet aber mit ausdrücklichen Ausnahmen auch Entwicklungsmöglichkeiten zur traditionellen Bewirtschaftung der Insel Neuwerk, des traditionellen Wattwagenverkehrs zum Festland und besonders die ausdrücklich gewünschte Förderung des einmaligen Naturerlebnisses.

Zum Hintergrund: Die Historie des Nationalparks

Die Anfänge des Naturschutzes im hamburgischen Wattenmeer liegen bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit begann der damalige Insellehrer Heinrich Gechter, systematisch Aufzeichnungen zum Vogelschutz vorzunehmen und erkannte so die Bedeutung der weit vorgelagerten Scharhörn-Plate für den Seevogelschutz. 1939 wurde die Insel Scharhörn zu einer sogenannten Vogelfreistätte erklärt. Schon damals wurde sie ehrenamtlich betreut wie heute: von Hamburgs ältestem Naturschutzverband, dem Verein Jordsand.

Schutzgebietserweiterungen rund um die Inseln Neuwerk und Scharhörn wurden seit den 1960er Jahren vorgenommen. Mit der Einrichtung des Nationalparks wurde der Schutz des hamburgischen Wattenmeeres im Jahr 1990 dann komplettiert und Hamburg seinem hohen Anspruch an einen konsequenten Wattenmeerschutzes gerecht.

Bereits 1 ½ Jahre nach dem Bürgerschaftsbeschluss wurde die Nationalpark-Verwaltung gegründet. Deren Mitarbeiter setzten sich von Beginn zum Ziel, den Nationalpark gemeinsam mit der Neuwerker Bevölkerung und in enger Kooperationen mit den Nationalpark-Verwaltungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu entwickeln.

Im Jahr 1992 wurde zunächst eine ständige Nationalpark-Station eingerichtet. Parallel dazu wurde das hamburgische Wattenmeer als exemplarisches Gebiet zur Erprobung nachhaltiger Wirtschaftsweisen identifiziert und als UNESCO-Biosphärenreservat anerkannt. Zur Unterstützung dieses Prozesses begannen im März 1993 die bis heute halbjährlich stattfindenden Neuwerker Inselgespräche, anlässlich derer die Ziele und Maßnahmen des Wattenmeerschutzes mit den Neuwerkern und zuständigen Behörden im unmittelbaren Austausch vorgestellt, diskutiert und weiter entwickelt werden.

Nachdem in den 1990er Jahren eine annähernd komplette Bestandsaufnahme der schutzwürdigen Güter erstellt wurde, konnte Hamburg ab dem Jahr 2000 das Umweltbeobachtungsprogramm für das Wattenmeer initiieren, das den Zustand und die Veränderungen des Ökosystems wissenschaftlich dokumentiert. Als besonders interessant erwies sich dabei neben der Dokumentation der Salzwiesen, Brutvögel und Seehunde die weitere Entwicklung der Inseln Scharhörn und Nigehörn. Beide wandern, aber unterschiedlich schnell, beide wachsen, aber in unterschiedliche Richtungen, und zwar zusammen. Die Inseln zeigen als ein besonders deutliches Beispiel, was passiert, wenn man der natürlichen Dynamik in der Natur über längere Zeit Platz gibt und sie gewähren lässt.

Zur Förderung des Naturerlebnisses wurde im Jahr 2004 das „Nationalpark-Haus Neuwerk“ als Informationszentrum eingerichtet, das durch einen Erlebnis-Pfad und durch die zahllosen Exkursionen, die der Verein Jordsand oder die Nationalparkverwaltung in einem gemeinsamen Veranstaltungsprogramm alljährlich anbieten, ergänzt wird. Seit 2008 wurden auch die Inselkinder zu Junior-Rangern ausgebildet.

Bildmaterial aus Neuwerk zur redaktionellen Verwendung kann zur Verfügung gestellt werden.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Dr. Magnus-Sebastian Kutz,
Tel. 040 42840-2051, magnus-sebastian.kutz@bsu.hamburg.de

09. April 2015/bwvi09

Harburg fährt StadtRad

Heute haben Senator Frank Horch und der Harburger Bezirksamtsleiter Thomas Völsch die StadtRad-Station Harburger Rathausplatz eröffnet.

Senator Frank Horch: „Das rote StadtRad ist aus Hamburg nicht mehr wegzudenken. Mit den 40 neuen Stationen, die bis Ende Mai noch entstehen werden, reicht das Verbreitungsgebiet von Bahrenfeld bis Wandsbek, von Ohlsdorf bis Harburg. Ich freue mich, dass es gelungen ist, ein Stationsnetz für Harburg zu entwickeln, das das Potenzial hat, die Erfolgsgeschichte fortzuschreiben.“

Bezirksamtsleiter Thomas Völsch: „ Dass StadtRad nun auch in Harburg angekommen ist, begrüße ich ganz ausdrücklich. Die Stationen im Harburger Binnenhafen, an der Technischen Universität Hamburg-Harburg, direkt im Innenstadtbereich und an den weiteren Standorten sind eine Bereicherung für die Mobilität in unserem Bezirk. Ich bin davon überzeugt, dass auch die Harburgerinnen und Harburger das Leihsystem ausgiebig und gerne nutzen werden.“

Marion Kluck: „Für die DB Rent erweitert sich damit das StadtRAD-Gebiet um einen neuen und den am südlichsten gelegenen Stadtteil. Dies stellt eine neue und spannende Herausforderung in der Koordinierung und Disposition der Leihfahräder und Servicefahrzeuge dar.“

Seit 2009 fahren die roten Räder von StadtRad durch Hamburg. Zum Stichtag 1.4.2015 waren 133 Stationen mit 1.650 Rädern registriert.

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) hatte gemeinsam mit den Bezirksamtern und der StadtRAD-Betreiberfirma DB Rent GmbH bereits im vergangenen Jahr den Ausbau um weitere 40 neue Stationen und 500 neue Fahrräder vorbereitet. Allein in Harburg, das erstmalig in das System einbezogen worden ist, sind aus diesem Kontingent bereits 10 Stationen realisiert und in Betrieb genommen. Eine weitere Station wird folgen.

Künftig wird es auch in Bahrenfeld und Barmbek-Nord das StadtRad geben. Hinzu kommen weitere Leihstationen in Othmarschen, Lokstedt, Eppendorf, Dulsberg, Bramfeld, Wandsbek, Hamm und im Osterbrookviertel. Außerdem sollen Lücken im bestehenden Bedienungsgebiet geschlossen werden, z. B. an der U-Bahn-Haltestelle Feldstraße, an der Grindelallee, an der Mundsburger Brücke und in Barmbek-Süd.

Alle Informationen zum StadtRad finden Sie hier:

<http://stadtrad.hamburg.de/>

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski, Tel.: 040 42841 – 1326 - 2239

e-mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de, www.hamburg.de/bwvi

HPA vereinfacht Meldeverfahren für Binnenschiffe

Hamburg, 08. April 2015/hpa08 – Etwa 10.000 Binnenschiffe laufen den Hamburger Hafen jährlich an. Gut zehn Millionen Tonnen Güter schlägt der Hafen auf Binnenfrachtern um.

Bereits seit einiger Zeit arbeitet die Hamburg Port Authority (HPA) daran, die Binnenschifffahrt zu stärken und sowohl deren aktuellen als auch zukünftigen Bedürfnissen gerecht zu werden. Im ersten Schritt wurde eine Hafenkarte erstellt. Diese gibt einen Überblick über alle öffentlichen Liegeplätze für Binnenfrachtschiffe im Hamburger Hafen. Zudem sind dort Ansprechpartner des Oberhafenamtes hinterlegt, die bei konkreten Fragen kontaktiert werden können. Die Karte ist auf der Website der HPA (<http://www.hamburg-port-authority.de/de/hafenkunden/reederundagenten/Seiten/default.aspx>) verfügbar.

Weiterhin werden zur Verbesserung der Anlaufbedingungen ab dem 15. April 2015 neue digitale Formulare für die Meldungen der Binnenschifffahrt eingeführt, die ein einfacheres und schnelleres An- und Abmeldeverfahren ermöglichen. Diese gelten sowohl für Frachtschiffe als auch für Fahrgastschiffe im Binnenverkehr. Unter anderem können die Stammdaten künftig für Folgemeldungen gespeichert werden. Bereits seit August vergangenen Jahres wurde das neue Formular von einigen Unternehmen getestet und Verbesserungsvorschläge eingearbeitet. Weitere Informationen zum neuen Formular sowie eine Online- als auch Printversion stehen unter <http://www.hamburg-port-authority.de/de/hafenkunden/reederundagenten/Seiten/hafengeldagb.aspx> zur Verfügung.

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafengewirtschaftlichen Dienstleistungen. Sie vermarktet spezielles, hafen-spezifisches Fachwissen und nimmt die hamburgischen Hafeninteressen auf nationaler und internationaler Ebene wahr. www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

7. April 2015/kb07

Förderung von Hamburger Musiklabels 2015 Erste Bewerbungsphase der Labelförderung beginnt

Hamburger Musiklabels können ab dem 8. April 2015 wieder Anträge im Rahmen der Hamburger Labelförderung stellen. Mit der Bereitstellung von Zuschüssen zwischen 3.000 und 10.000 Euro unterstützt die Kulturbehörde Musikveröffentlichungen kleinerer Hamburger Musiklabels.

Die Förderung richtet sich an sogenannte Kleinunternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Hamburg und zielt darauf ab, Hamburger Musiklabels zu stärken und zu motivieren, weiterhin Musik in Hamburg zu produzieren und zu veröffentlichen. Dies soll sich nicht zuletzt positiv auf die Musikszene auswirken und die Attraktivität Hamburgs als Musikstandort steigern. Es werden konkrete Musikveröffentlichungen, das heißt der Produktionsprozess, wie zum Beispiel die Studio-Aufnahme oder das Marketing und die Promotion der Tonträger gefördert.

Seit 2010 unterstützt die Stadt Veröffentlichungen aus den unterschiedlichsten musikalischen Genres. Um sicherzustellen, dass ausschließlich gut geplante und vielversprechende Vorhaben eine Förderung erhalten, berät ein mit Branchenvertretern besetztes Fachgremium die Behörde bei den Entscheidungen über die Mittelvergabe. Die Bandbreite reicht dabei vom Newcomer-Projekt bis zu Veröffentlichungen gestandener Künstler, wobei namhafte wie auch weniger renommierte Labels Chance auf Förderung haben. Insgesamt wurden bereits über 100 Musikveröffentlichungen unterstützt. Hierfür wurden mehr als 600.000 Euro unmittelbar für Hamburger Musiklabels bereitgestellt.

Im Jahr 2015 erfolgt die Mittelvergabe erneut in zwei Tranchen:

Für die erste Bewerbungsphase können **ab dem 8. April** Anträge gestellt werden. Die Antragsfrist endet am Dienstag, dem **19. Mai 2015**. Die rechtsverbindlich unterschriebenen Anträge müssen bis dahin der Kulturbehörde vorliegen. Die Bewerbungsphase für die zweite Förderrunde läuft vom **1. September** bis zum **12. Oktober 2015**.

Fragen rund um die Antragstellung werden während der Förderrunden unter Tel.: 0176 / 383 691 05 oder per E-Mail: labelfoerderung@hamburg.de beantwortet. Es können auch Termine für eine persönliche Beratung bzw. Begleitung im Antragsverfahren vereinbart werden.

Wichtige Informationen finden sich auch im Internet unter: www.hamburg.de/labelfoerderung.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

PRESSEMITTEILUNG

08. April 2015/ds08

Widerspruchsbescheid erlassen - Mehr Kontrollrechte für Google-Nutzer gefordert

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat mit Erlass eines Widerspruchsbescheids das im vergangenen Jahr in die Wege geleitete Verwaltungsverfahren gegen die Google Inc. beendet. Das Unternehmen wird damit verpflichtet, die notwendigen Änderungen vorzunehmen, um die Verarbeitung der Daten seiner deutschen Nutzer auf eine zulässige Rechtsgrundlage zu stellen. Google muss danach die Daten, die bei der Nutzung der unterschiedlichen Dienste des Unternehmens anfallen und zu Profilen kombiniert werden, auf das zulässige Maß begrenzen oder die Nutzer um entsprechende zusätzliche Einwilligungen bitten.

Die dem Widerspruchsbescheid zugrundeliegende Anordnung wurde vom Hamburgischen Datenschutzbeauftragten im September 2014 erlassen. Grund dafür waren die von Google 2012 in Kraft gesetzten neuen Datenschutzbestimmungen, in denen Google mitteilt, Dienste übergreifend die Daten der Nutzer ohne deren Einwilligung zu umfassenden Profilen zusammenzuführen.

Gegen diese Anordnung hat Google Widerspruch eingelegt, der nun abschließend beschieden wurde. Dabei wurden zwar einige der von Google vorgebrachten rechtsförmlichen Einwände aufgegriffen und die Anordnung insoweit angepasst, in der Hauptsache wurde der Widerspruch aber zurückgewiesen. Die Anordnung wird nun rechtskräftig, wenn das Unternehmen nicht innerhalb von einem Monat Klage beim Verwaltungsgericht gegen sie erhebt.

Google hat jedoch bereits jetzt dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten und weiteren europäischen Datenschutzbehörden gegenüber signalisiert, dass substantielle Änderungen an den Diensten erfolgen sollen, um die Anforderungen des Datenschutzrechts zu erfüllen. Diese Pläne hat Google bereits Ende März den europäischen Datenschutzbehörden präsentiert, die sich im Rahmen der Art.29-Gruppe zu einer Task Force zur Abstimmung der Vorgehensweise gegen Google zusammengefunden haben. Dies lässt erkennen, dass die gemeinsamen Anstrengungen der Aufsichtsbehörden auf europäischer Ebene bei dem US-Unternehmen Wirkung zeigen.

Dazu Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit: „Google hat es nun in der Hand, unsere Vorgaben umzusetzen, etwa durch einen transparenten

Konsens-Mechanismus bei der Verarbeitung von Nutzerdaten. Ich erwarte, dass dies weiter im Rahmen eines konstruktiven Dialogs mit uns erfolgt und am Ende eine klare Stärkung der Rechte der Nutzer von Google-Diensten auch europaweit erreicht wird.“

Kontakt/ Rückfragen:

Arne Gerhards, Tel. 040 / 428 54 - 4153